

Berliner Tageblatt

Nr. 364

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 4. August 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Wendung im Magdeburger Prozeß.

Die Voruntersuchung geht auch gegen Schröder auf Nord ausgedehnt. — Kölling geht auf Urlaub.

Die Vernehmung der Hildegard Göhe.

Telegramm unseres nach Magdeburg entsandten Sonderberichterstatters.

F. K. Magdeburg, 4. August.
Die Berliner Kriminalbeamten Dr. Niemann und Wraschitz haben die verunglückte Frau mit der eingehenden Vernehmung der Frau des Schröder, Hildegard Göhe, begonnen. Die Vernehmung dauerte bis in die Morgenstunden hinein und wurde im Laufe des heutigen Vormittags wieder aufgenommen. Bis zur Stunde ist die Vernehmung noch nicht beendet. Aber im Land der Vernehmung ist bis jetzt offiziell noch nichts bekannt geworden. Es scheint sich zu befähigen, daß die Hildegard Göhe von den Taten des Schröder tatsächlich vertrieben worden ist. Sie ist in einem Berliner Mittagsblatt vertrieben worden. Die Aussagen der Göhe seien, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wurde, den Tatsachen weit voraus. Im die Mittagsstunde ist die Vernehmung der Göhe noch im vollen Gange und bis zu den Ereignissen der Mordnacht noch nicht vorübergegangen.

Die in dieser Vernehmung gehen die Ermittlungen der Kriminalpolizei auch nach anderer Richtung weiter. Die Vernehmung dauerte ihre Nachfragen gemeinsam mit der Magdeburger Polizei. Der Oberstaatsanwalt hat Grund der Vernehmung der Göhe nunmehr bei dem Untersuchungsrichter beantragt, die Voruntersuchung gegen Schröder auf Nord ausgedehnt. Die in den Mittagsstunden ausgetragene amtliche Mitteilung lautet:

„Die Akten werden demnach zur Entscheidung über die Haftbeschwerden der Strafammer vorgelegt werden. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung sind zur Ermittlung der Vernehmung der Göhe noch einige Tage in Anspruch nehmen werden. Die gerichtliche Voruntersuchung ist jetzt auch gegen Schröder auf Nord ausgedehnt. Der Untersuchungsrichter arbeitet in häuslicher Fühlung mit dem Oberstaatsanwalt. Die neu zur Verfügung gestellten Berliner Kriminalbeamten werden vom Oberstaatsanwalt mit Aufträgen versehen.“

Der ganze Fall Helling wird also nunmehr vollkommen neu aufrollt. Untersuchungsrichter Kölling wird Ende dieser Woche nach Magdeburg antreten. Wie ich erlaube, wird die Zeitung die Untersuchung im Falle Schröder voraussichtlich in einem anderen Richter übertragen werden, so daß Kölling auch nach seiner Rückkehr vom Urlaub nicht mehr mit der Weiterführung der Untersuchung beauftragt werden wird. Zu dieser Zeit wird sich auch der Generalstaatsanwalt in Magdeburg über den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Kölling äußern werden.

In Berlin finden heute Beratungen zwischen dem Oberstaatsanwalt, dem preussischen Innenminister und dem Justizminister statt. Wie ich höre, wird nunmehr auch in anderer Zeit ein Antrag an die Reichsregierung in Magdeburg ergehen, die Haft des Rudolf Haas aufzuheben. Dieser Antrag wird voraussichtlich vom Oberstaatsanwalt ausgehen und ist schon deshalb notwendig, um der Untersuchung der Wichtigkeit zu geben, sowohl die Voraussetzungen des staatlichen Rechtsbehelfs als auch die hierzu angelegentlich Gegenbeweise des Untersuchungsrichters Kölling unverzüglich nachzugehen. Rechtsanwalt Braun, der Rechtsanwalt des Haas, hat neue Entlassungsanträge eingereicht, die von der Disziplinar-Kammer noch geprüft werden müssen. Im übrigen wird, wie ich erlaube, erst jetzt ein Brief des Bundes des Schröder, Chaufens Groß, bekannt, den

dieser an Schröder geschickt hat. Aus diesem Briefe geht mit aller Deutlichkeit erneut hervor, daß der Fall Helling nur ein Glied in der Kette anderer geheimer Taten Schröders ist. Große schreibt an seinen Freund, daß sie bald wieder ein Ding dreien wollen, wo 500 Mark zu verdienen seien. „Möge kann ich Dir nicht schreiben, Alles andere mündlich. Ich weiß ja, daß Du jeden Mist mitmachst.“ Des weiteren ist ein Brief des Schröder abgegangen worden, den dieser aus dem Gefängnis schreiben wollte. Dieses Schreiben beläßt Schröder; es ist aber auch für den Kriminaluntersucher Zehndorf sehr kompromittierend. Auch andere Momente sprechen dafür, daß die getriggerte Erklärung des Untersuchungsrichters Kölling gegenüber der rechtsstaatlichen Presse, daß Nord auf Anweisung, nicht aber Raubmord vorliege, abwegig ist.

Kölling hat also kein Begegnen. Er hat den Rückzug, den er gestern in der letzten, seine Befugnisse überschreitenden Erklärung in der Rechtspreffe vorbereitete, nun wirklich angetreten. Auf Grund der zwingenden Verdachtsgründe, die ihm die Berliner Kriminalbeamten unterbreitet haben, hat er sich jetzt endlich, nach vier Monaten, zur Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Schröder auf Nord bequemt. Bis gestern sah Schröder ja nur wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Unterschlagung in Haft! Er, gegen den sich die Verdachtsgründe von Tag zu Tag häuften, mit dessen Revolver Helling ermordet war, in dessen Besitz die Werkzeuge des Ermordeten waren, in dessen Hause die Leiche vergraben lag, galt Kölling und Zehndorf als ungeschuldig und als glaubwürdiger Zeuge gegen Haas. Während die Berliner Beamten, die Kölling absieht, weil sie angeblich den Tatbestand verunkelt, neue wichtige Beweismomente ermittelten, suchte Kölling gestern im Zigeunertal des verstorbenen Ohle, weil sich Haas in seinen Notizbuch mehrere Nummern des „Presse-Telephonats“ Ohle notiert hatte. Diese Nummern waren nach Köllings Kombination die Schweregeheuer, die Ohle von Haas bekommen hat. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie dies Unterredung gelaufen wären, wenn Kölling und Zehndorf das Heft in den Händen gehalten hätten. Schade, daß Kölling sich die Rechtspreffe von der Zurücklässigkeit der köllingschen Ermittlungen ab. Die schweren disziplinarischen Verletzungen Köllings werden natürlich durch seine verspätete Einsicht nicht wieder gutgemacht.

Wie die Verhaftung in Köln erfolgte.

Köln, 4. August.
Über die Verhaftung der Frau des Schröder erfolgte die Berliner Kommissare Dr. Niemann und Wraschitz mitgeteilt, daß die Göhe von der bevorstehenden Verhaftung erfahren konnte. Sie erben telegraphisch die Lebenswahrung des Hauses, in dem die Göhe bei einer Bürgerfamilie als Dienstmädchen tätig war. In den frühen Morgenstunden legte sich ein Köhler Kriminalbeamter zu der Familie und bat den Hausherrn, ihn, den Kommissar, der Göhe gegenüber als guten Freund zu behandeln. Der Beamte überredete auf diese Weise unauffällig die Göhe bis zum Eintreffen der Berliner Kriminalisten mit dem Haftbefehl des Magdeburger Oberstaatsanwalts. Die Göhe wurde darauf mit dem nächsten Zug von den beiden Beamten nach Magdeburg überführt.

historisch wirken, da dadurch das Vertrauen, welches die Grundlage des internationalen Handels sei, erschüttert werde. Diese allgemein gehaltenen Bemerkungen werden deutlich durch den Hinweis, solche grundsätzliche Erklärung würde Gütes wirken, besonders bei der Unterhaltung, die den neuen Staaten zur Entschärfung ihrer Beziehungen genützt hat. Amerika dürfte für weitere Fernanfragen die Verbindung aufheben, daß der fremde Handel nicht übermäßig belastet werden dürfe. Deutlicher denkt sich der Ausschuss hinsichtlich des Eingreifens der Regierungen in die Handelsstätigkeit aus.

Das deutsch-englische Luftabkommen.

London, 4. August. (W. L. W.)
Der Staatssekretär für die Luftfahrt, Sir Samuel Hoare, erklärte im Unterhaus, daß alle Bemühungen unternommen würden, um den Abschluß des geplanten deutsch-englischen Luftabkommens zu beschleunigen. Gegenwärtig werde es noch von dem britischen Kabinett in Frage kommenden Regierungskreisen geprüft. Zur Geltung der Verhandlung sollte die Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und England bereits weit fortgeschritten waren, bevor der kürzlich abgeschlossene deutsch-französische Luftfahrtvertrag entworfen war. Als der Entwurf fertiggestellt war, wünschten die deutschen Behörden, daß dieser und nicht der bereits vorliegende britische Entwurf als Grundlage für das deutsch-englische Abkommen benutzt werden sollte. Dies erforderte neue Beratungen über einen Wortlaut des Abkommens.

Nationalökonom und Arzt.

Franz Oppenheims „Staat“.

Es ist wenig bekannt, daß zwei Ärzte die Begründer der wissenschaftlichen Nationalökonomie gewesen sind: der Engländer Bernard de Mandeville und der Franzose Francois Quesnay. Sie brachten eine grundsätzliche Umwälzung der bisher geltenden katholisch-kanonischen Lehre ein. Ihr gilt der Mensch als lüdig, und daraus folgt ihre Anschauung, daß der Staat oder die Gesellschaft (beides galt ihr noch als eins) nicht anders als durch eine gewisse, fatal geliebte Gewalt zusammengehalten werden konnte. Vor allem aber folgt daraus die ökonomische Auffassung; aus der wirtschaftliche Egoismus ist fundhaft; durch keine äußere Gewalt eingeschränkt, muß er zur Zerlegung der Gesellschaft führen; folglich ist die freie Konkurrenz zu verwerten und die Gesellschaftswirtschaft autoritativ zu ordnen und zu überwachen. Das ist die „gebundene Wirtschaft“ des Merkantilismus.

Dieser schwer pessimistischen Auffassung stellten jene beiden großen Kerkle eine optimistische gegenüber, und zwar folgte sie ohne weiteres aus ihrer Einstellung als Mediziner. Der Arzt sieht täglich vor dem erkrankenden Schicksal, daß jede von den Millionen Zellen des Körpers mit unterschiedlichem „Egoismus“ aus dem allgemeinen Nahrungsstrom an sich reißt, weissen sie bedarf, und daß dennoch die Gesamtfunktion, der „consensus“ in ungetriebener Harmonie abläuft, solange nicht das Alter oder eine andere Störung diese Harmonie trüben. Diese Erkenntnis wanderte die beiden Volksärzte auf den sozialen Körper an. Auch hier würde, wenn so lästigen sie die Harmonie festgehalten würden, d. h. wenn nur alle äußeren Störungen ferngehalten würden, d. h. wenn jeder Eingriff der Staatsgewalt und alle Bildung von Monopolen ausgeschlossen wäre, so daß die natürliche Funktion der Wirtschaftsgesellschaft, die freie Konkurrenz, in wirtschaftlicher Freiheit walten könne. Dann würde der Gesamtvertrag der volkswirtschaftlichen Arbeit viel größer, und seine Verteilung unter die Mitglieder der Gesellschaft viel betrübender sein. So wurde hier der „Egoismus“ aus einer Seite her gesehen zu einer Kraft des Egoismus erhoben; indem die unglücklichen Egoisten sich gegenseitig ausbalancierten, hoben sie sich auch gegenseitig auf und bildeten geradezu den einzigen Motor des Glück und des Fortschritts.

Solange diese Anschauung galt, die Hegel später als die „Idee der Idee“ bezeichnete, war alle Welt von hohem Optimismus befeht, nicht nur die Ökonomen, sondern auch die Philosophen; unsere eigene klassische Idealphilosophie wird ganz von diesem Gedanken getragen, der in der Politik z. B. „Contract social“ genützt wurde und von hier aus, ebenso wie von der englischen Ökonomen des Adam Smith, in die politische und nachantike Philosophie überging.

Aber dieser Glaube schwand bald. Die Völker führten das von Adam Smith verordnete Rezept aus, besitzigten die Staatseingriffe, indem sie Freiheit und Gewerkefreiheit usw. einführen — und statt der Harmonie zeigte sich eine immer gefährlichere Disharmonie, statt des versprochenen consensus ein immer ärgerer dissensus. Diese Erscheinung konnte zwei Ursachen haben: entweder war die zugrunde liegende Theorie falsch, oder es bestand noch unerkannt ein mächtiges Monopol, das abzubauen man veranlaßt war, und das noch abzubauen war.

Von diesen beiden Möglichkeiten sah das 19. Jahrhundert nur die erste. Die ganze Theorie von der zur Harmonie führenden Gift der Idee galt als völlig verkehrt, ja als Ausdruck eines geradezu verrückten Optimismus. Die Folge war der schwere Pessimismus in Ökonomen, Philosophie und Lebensstil, war die wachsende Zerklüftung der Völker und der soziologischen, namentlich der nationalökonomischen Wissenschaft. Die Verklaffen wandten sich zur kanonisch-merkantilistischen Praxis zurück, die Unterlassen bekamen sich zu einem immer aggressiveren und gefährlicheren Kommunismus — dem Ausdruck der Verzweiflung an der freien Konkurrenz und ihren Segnungen.

Jetzt kommt wieder ein Volkswirt, der ursprünglicher Arzt war, mit der gegenüber allgemeiner Lebereinstimmung ebenso mutigen wie ausschließlichen Behauptung, daß nicht jene erste, sondern jene zweite Ursache daran schuld sei, daß der verprophete consensus sich nicht eingestellt habe. Er behauptet, daß im Körper unserer Gesellschaft noch ein gewaltiges Monopol stecke, der Rest jener ursprünglichen Gewalt, die vor Jahrtausenden den Staat, die Städte oder Klaffen und das Großeigentum an Grund und Boden geschaffen haben. Dieses Monopol wurzelt in der Bodenbesitz, deren Rechtsform eben das massenhafte Großgrundigentum ist. Von hier aus erklärt er die gesamten sozialen Komplikationen unserer Zeit: auch der Kapitalismus mit allen seinen Schäden ist nur eine sekundäre Folge jener primären, Gewalt geschaffenen Institutionen!

Die internationalen Handelshindernisse.

Ein Entschlossen des amerikanischen Ausschusses der internationalen Handelskammer.

(Funkteleogramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 4. August.
Der amerikanische Ausschuss der internationalen Handelskammer hat Grundlinien für die Beseitigung der internationalen Handelshindernisse auf. Diese Auffassung ist sehr bemerkenswert, als sie zeigt, daß der amerikanische Ausschuss der amerikanischen Regierung energisch in ihrem Kampf gegen die Monopolrechte, insbesondere die englische Imperialpolitik, unterstützt und dafür eine Vertikation des Handels anstrebt. Der Ausschuss legt zunächst sechs Punkte dar, die den internationalen Handel lähmenden: infundene Anknüpfung, Wertverminderung der Währungen, Inhomogenität des Wechselkurses, politische Unstimmigkeit und mangelnde Sicherheit, schlechtere Behandlung fremden Kapitals, Verhinderung der Zollgrenzen durch Schaffung neuer politischer Einheiten, Eingriffe der Regierungen in das Gebiet der Industrie und des Handels, die über der privaten Initiative überlassen waren. Wichtig ist die Förderung von fremdem Kapital schlägt der Ausschuss vor, die Maßnahme der Welt sollten auf dem Wege über die internationale Handelskammer in einer gemeinsamen Erklärung Grundzüge für die Beseitigung des fremden Handels, der Zölle und des fremden Handels aufstellen. Danach soll das Zollverhältnisrecht der Staaten möglichst anerkannt werden, doch dürfte ein Verbot der Anerkennung ausländischer Unternehmens nicht